

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 183. Ratssitzung vom 21. August 2013

4168. 2010/456

**Postulat von Dr. Guido Bergmaier (SVP) und Jedidjah Bollag (SVP) vom
10.11.2010:
Einstellung der Prämienverbilligungen an abgewiesene Asylbewerber**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Dr. Guido Bergmaier (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 719/2010): In Zürich beziehen zahlreiche Sans-Papiers und abgewiesene Asylbewerber Prämienverbilligungen. Es ist unhaltbar, dass Illegale von staatlichen Leistungen profitieren. Mit Steuergeldern wird eine Krankenkasse für Leute finanziert, die sich unerlaubterweise bei uns aufhalten. Nach einem offiziellen Abweisungsentscheid sollte auf jeden Anreiz für Abgewiesene, hierzubleiben, verzichtet werden. Der Angebotskatalog für Abgewiesene muss gegenüber dem Grundangebot für die einheimische Bevölkerung auf ein absolutes Minimum reduziert werden. Minimale Nothilfe bis zur Ausreise genügt. Es darf keine freie Arzt- beziehungsweise Zahnarztwahl für medizinische Grund- oder Notversorgung geben. Das entlastet unsere Krankenkassen. Die Stadt muss sich endlich wehren. Bürgerinnen und Bürger können diese falsch verstandene und unnötige Grosszügigkeit kaum mehr nachvollziehen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

***STR Claudia Nielsen:** Der Stadtrat lehnt die Prüfung des Postulats ab. Für alle in der Schweiz und somit auch für die in Zürich lebenden Personen gilt ein allgemeiner Versicherungsschutz. Die Stadt muss diese Versicherungspflicht für Personen mit zivilrechtlichem Wohnsitz in Zürich erfüllen. Die Pflicht ist nicht nur verbindlich, sondern auch sinnvoll für alle Einwohnerinnen und Einwohner von Zürich, denn ein Zugang zur Gesundheitsversorgung schützt auch vor übertragbaren Krankheiten. Die Versicherungspflicht ist somit auch im Interesse des öffentlichen Gesundheitsschutzes.*

Weitere Wortmeldungen:

***Severin Pflüger (FDP):** Die FDP ist sich der gesetzlichen Grundlagen bewusst. Der Stadtrat hat gewisse Vorgaben. Mich beschäftigt jedoch, dass wir mit den illegalen Anwesenden neben den Schweizern und den Ausländern einen dritten Stand von Menschen etablieren und diesen durch weitere Gesetze und nicht zuletzt durch gesundheitsrechtliche Vorgaben noch zementieren. Entweder weist man illegal Anwesende konsequent aus oder man macht aus ihnen legal Anwesende. Wir müssen endlich eine Entscheidung treffen und diese dann konsequent umsetzen. Der Stadtrat soll das Postulat prüfen.*

Christoph Spiess (SD): Wären die Leute legal hier und legal krankenversichert, hätten sie Anspruch auf Prämienverbilligung. Doch illegal Anwesende haben hier nichts verloren. Man müsste sich darum kümmern, dass sie gehen. Doch das Migrationsamt ist überfordert. Viele Staaten wollen ihre eigenen Bürger nicht mehr zurücknehmen. Man bringt die Leute in einer Notunterkunft unter und hofft, dass sie untertauchen und ins Ausland gehen. Doch das tun sie nicht, denn unsere Grosszügigkeit ist zu gross. Strafrechtlich kann man erst etwas unternehmen, wenn das Migrationsamt alles getan hat, um dafür zu sorgen, dass die Leute gehen. Doch dem Migrationsamt fehlen die Ressourcen. Wenn wir alle illegal Anwesenden legalisieren, müssen wir uns nicht wundern, wenn es immer mehr werden. Für die meisten gibt es keinen Platz in unserer Gesellschaft. Es wäre ehrlicher, wenn man energisch dafür sorgen würde, dass sie gehen.

Marcel Savarioud (SP): Der zentrale Punkt ist, dass der Zugang zum medizinischen System gewährleistet ist. Menschen ohne Aufenthaltsbewilligungen haben Angst, dass sie angezeigt werden, wenn sie ein Krankenhaus aufsuchen. Heute hat eine Minderheit von 10 % der illegal Anwesenden eine Krankenkasse. Die Gesundheitsdirektion von Zürich hat vor drei Jahren geschätzt, dass in Zürich ungefähr fünfzig illegal Anwesenden eine Prämienverbilligung gewährt wird. Das bedeutet, dass die meisten illegal Anwesenden keine Prämienverbilligung erhalten und sich unser Gesundheitssystem nicht leisten können. Hier wird ein Grundrecht beschnitten. Doch Grundrechte sollten unabhängig vom Aufenthaltsstatus existieren. Deshalb lehnt die SP das Postulat ab.

Karin Weyermann (CVP): Für dieses Postulat ist auf Bundesebene keine rechtliche Grundlage gegeben. Wir möchten aber ein Zeichen setzen, dass abgewiesene Asylbewerber nicht mehr im Land bleiben sollten. Asylanträge sollten geprüft werden, werden sie abgewiesen, müssen die Asylbewerber ausgewiesen werden. Aus diesen Gründen stimmen wir dem Postulat zu.

Severin Pflüger (FDP): Unser Ausländerrecht sieht vor, dass illegal Anwesende ausgewiesen werden. Man sollte das konsequent umsetzen, aber nicht noch gesetzliche Grundlagen schaffen, um ihr Dasein überhaupt zu ermöglichen und auszudehnen. Sollen sie legal hier sein, muss man sie legalisieren. Will man sie nicht legal hier haben, muss man sie ausweisen. Dann gibt es auch keinen Grund mehr, warum sie noch Sozialleistungen wie Krankenkassenverbilligungen erhalten sollten. Die Zahl der illegal Anwesenden wächst stetig. Sie leben in prekären Verhältnissen und werden oft noch ausgenützt. Dieser Zustand wird so nur noch verfestigt.

Hans Urs von Matt (SP): Es gibt tatsächlich zwei Lösungen. Doch die Lösung mit der Ausweisung ist nicht praktikabel. Migrationsströme wird es weiterhin geben, auch wenn wir Leute ausweisen. Die Verhältnisse in dieser Welt sind ungleich verteilt. Es gibt einen grossen Anreiz, an einen Ort zu gehen, wo es einem besser gehen könnte. Bis ins 18. Jahrhundert wanderten zahlreiche Schweizer in ein anderes Land aus. Solange es bei uns Arbeit gibt und wir als Gesellschaft von dieser Arbeit profitieren, gibt es nur eine



3 / 3

Lösung: Legalisieren. Wollte man die Ausweisungen konsequent durchzusetzen, hätten wir einen Polizeistaat.

Dr. Davy Graf (SP): *Severin Pflüger (FDP) hat davon gesprochen, dass ein dritter Stand kreiert wird. Das gab es in der französischen Revolution. Diese Menschen waren rechtlos und ausgegrenzt. Sie demonstrierten, weil sie vom Fortschritt ausgeschlossen waren. Wir wollen nicht, dass die Menschen, die illegal in der Schweiz leben, in die Illegalität rutschen, weil sie aus einem Rechtsverfahren ausgeschlossen wurden. Sie sollen weiterhin in der Gesellschaft existieren können. Auch sie müssen zum Arzt. Auch ihre Kinder müssen in die Schule, denn sie können nichts dafür, dass die Erwachsenen illegal hier sind. Wenn wir nur zwischen Legalisierung und Ausweisung entscheiden, schaffen wir einen Polizeistaat.*

Marcel Savarioud (SP): *Der grösste Teil der Sans-Papiers sind keine abgewiesenen Asylbewerber. Die Sans-Papiers kommen auf anderen Wegen in die Schweiz und arbeiten zu einem Stundenlohn zwischen 5 und 7 Franken in unserem Arbeitsmarkt. Nun sollen die Grundrechte dieser Leute beschnitten werden, während deren Arbeitgeber straffrei bleiben. Die humanitären Grundsätze sollten hier nicht vergessen gehen.*

Das Postulat wird mit 43 gegen 71 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat